

# ZEIT FÜR [DEMOKRATIE]

EINE INITIATIVE DER  
ZEIT VERLAGSGRUPPE  
MIT THEMENTAGEN VOM  
31.08. – 05.09.2021



## »Demokratie ist sehr schwer zu gewinnen – und sehr leicht zu verlieren!«

**Mit welchen Strategien lässt sich die Demokratie gegen Anfeindungen stärken? Was tun gegen Desinformation, Hass und Hetze im Netz? Wie begegnet man Rassismus und Extremismus? Und welche Rolle spielen Zivilgesellschaft und Medien? Über diese Themen diskutierten über 65 Sprecher:innen auf 19 Podien bei ZEIT für Demokratie – den digitalen Thementagen der ZEIT Verlagsguppe unter der Schirmherrschaft des Auswärtigen Amtes.**

Die destabilisierende Wirkung von Hass und Hetze im öffentlichen Raum bildete ein zentrales Thema der Konferenz. So berichtete unter anderem Anna-Lena von Hodenberg von einer Zunahme gezielter Kampagnen, die Kommunalpolitiker:innen und Journalist:innen einschüchtern und mundtot machen sollen. Dabei zitierte die Gründerin von HateAid eine repräsentative Umfrage, wonach die Hälfte aller deutschen Bürgermeister:innen schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen wurde; mit der Folge, dass ein Fünftel von ihnen aus Sorge um die eigene Sicherheit oder die der Familie über einen

beschleuniger für Hass und Hetze.« Ein weiterer Aspekt sei, dass die rechte Szene meist lauter aufträte und besser organisiert sei und so den Eindruck vermittele, für eine Mehrheit zu sprechen. Tatsächlich operierten rechte Demagogen aber häufig mit Fake-Accounts, die keine realen Diskurse widerspiegeln. Dass deshalb die Selbstzensur zunehme, sei beunruhigend, so Biber. »Viele Andersdenkende trauen sich nicht mehr zu sagen, was sie denken, und verstummen.«

Auf die Frage, wie man als Zeuge von Hass und Hetze reagieren sollte, riet Anna-Lena von Hodenberg dazu, sich mit dem Opfer zu solidarisieren, zum Beispiel in Gruppen wie »Wir sind hier.« Effektiv sei auch der sogenannte Counterspeech, bei dem man Hasskommentare mit gezielten positiven Erwidern begegnet. Schließlich sollten strafrechtlich relevante Inhalte wie die

### 4.000 Hasskommentare – das ist eine Gewalterfahrung

Leugnung des Holocaust oder Morddrohungen immer zur Anzeige gebracht werden. Im Fall von Platt-



Starke Stimme: In ihrer Heimat Belarus gilt sie vielen als inoffizielle Siegerin bei der Präsidentschaftswahl 2020. Heute lebt die parteilose Bürgerrechtlerin Svetlana Tichanowskaja im Litauen Exil und sprach sich auf der Konferenz erneut für wirksame EU-Sanktionen aus

ter der EU-Kommission, war als Direktor für Grundrechte und Bürgerrechte an der Reform der EU-Datenschutzgesetze beteiligt und leitete sechs Jahre lang die Verhandlungen mit großen US-Internetunternehmen über den EU-Verhaltenskodex gegen Aufstachelung zu Gewalt im virtuellen Raum. Er beobachtet, dass der Einfluss von Lobbyisten großer Internetkonzerne, die auch Verbände wie Digitaleurope und Bitkom finanzierten, immer größer werde. Längst berieten diese neben der Brüsseler EU-Kommission auch die Regierungen von EU-Mitgliedsstaaten, selbst in Hinblick auf nationale Gesetzgebungen, mahnte Nemitz. Wohlklingende Absichtserklärungen täuschten vielfach über kommerzielle Interessen hinweg. »Wir brauchen harte Regelungen, die auch durchgesetzt werden, sonst handeln große Internetkonzerne nicht im öffentlichen Interesse.« Für dringend geboten hält er zudem die »Wiederherstellung der Waffengleichheit« zwischen dem Journalismus als vierter Gewalt im Staat und den Internet-Riesen. »Dass diese Plattformen die Plätze eins bis fünf der US-amerikanischen Börse belegen, während die Presse in den USA und Europa den Bach runtergeht, schadet unserer Demokratie.«

Ein weiterer Themenschwerpunkt der digitalen Thementage betraf die Verschlebung politischer Kräfteverhältnisse rund um den Globus. Daniela Schwarzer, Executive Director Europa & Eurasien bei den Open Society Foundations, betonte, dass eine breite Aufklärung über den sich global zuspitzenden Konflikt zwischen liberalen und autoritären Gesellschaften sowie über den wachsenden finanziellen, technologischen und politischen Einfluss Chinas wichtig sei. Dieser – etwa in Form privilegierter Dialoge mit

EU-Regierungen – gebe Anlass zur Sorge. Der Versuch der Einflussnahme stehe bei einigen Staaten ganz oben auf der Agenda. »Die Frage ist: Sind wir in der EU fähig, uns gegenseitig so zu unterstützen, dass ausländische Einflussnahme schwieriger wird?« Die Aufgabe der Zukunft sei, sich zwischen den USA einerseits sowie China und Russland andererseits als dritter Pol mit einer klaren wertebasierten Politik zu profilieren, meinte Schwarzer. »Der Fall Ungarn verdeutlicht, dass es umso schwerer wird, rechtliche nationale Entwicklungen zurückzudrehen, je länger man zuseht und abwartet.«

Optimistischer in Bezug auf die Solidarität Europas zeigte sich Věra Jourová. Die Vizepräsidentin der EU-Kommission meinte, dass allein

### In Ungarn ist unabhängige Presse rar geworden

schon das jüngste Vertragsverletzungsverfahren, das man wegen umstrittener Justizreformen der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PIS) gegen Polen angestrengt habe, für die Stärke der EU-Kommission spreche. Damit sei unmissverständlich formuliert worden, dass ein Rechtssystem nicht länger den EU-Anforderungen entspreche, wenn die Richter nicht mehr unabhängig agierten.

Was aber passiert, wenn Polen daraufhin nun der nationalen Verfassung Vorrang gegenüber dem EU-Recht einräumt? Diese Frage, die auch Daniela Schwarzer zuvor gestellt hatte, blieb unbeantwortet. Schwarzers Sorge ist, dass dadurch die Grundlage europäischer Zusammenarbeit infrage stehe. »In diesem Fall fehlten der EU beim Ringen um Rechtsstaatlichkeit künftig die Mittel, um ihre wichtigsten Prinzipien gegenüber ihren Mitgliedsländern durchzusetzen.«

Vom Durchhaltevermögen einer der letzten unabhängigen Presseportale aus Ungarn berichtete Veronika Munk. Sie ist Chefredakteurin von Telex, einer Nachrichtenseite, die 2020 vom ehemaligen Team des größten News-Portals Index in Budapest gegründet wurde, nachdem dessen Chefredaktion entlassen worden war. Noch würden Journalisten zwar weder eingesperrt noch getötet, gleichwohl werde deren Arbeit von der Regierung stark behindert. »Dass wir mit unserem

Online-Portal überhaupt noch die Pressefreiheit hochhalten können, verdanken wir der Treue unserer Leser.« Ohne Crowdfunding, Abos und Spenden würde auch Telex nicht mehr existieren.

Über die mangelnde Meinungs- und Pressefreiheit berichtete auch Svetlana Tichanowskaja, die inoffizielle Siegerin der Wahlen 2020 in Belarus. Trotz ihres Exils in Litauen gilt sie in ihrer Heimat als Hoffnungs-

### Welche Politik hat in der Klimakrise noch Zukunft?

figur. Sie sprach sich für wirksame Strafmaßnahmen der EU gegen Lukaschenko aus. »Die Menschen leiden schließlich nicht wegen der Sanktionen, sondern aufgrund von Gewalt, Folter und Unterdrückung«, sagte die parteilose Bürger-

und zutrauen. »Die Pandemie zeigt, was möglich ist, wenn Politik die Menschen ernst nimmt.«

Für ein »Kathedralen-Denken« als neue strategische Ausrichtung von Politiker:innen, die statt der kommenden Legislaturperiode die nächsten 100 Jahre im Blick haben sollten, warb Hanno Burmester, Fellow bei JoinPolitics. »Wir werden von einem Kartell der Kurzfristigkeit regiert.« Stattdessen sollten Parteien auf einen langfristigen Fokus und transformative Themen setzen. Da Mitglieder unter 40 Jahren in den großen Volksparteien nur zu 15 Prozent vertreten sind, wurden alternative Beteiligungsformen wie Wächter- und Bürgerräte angesprochen sowie die Notwendigkeit, für eine zukunftsfähige Parteienarbeit basisdemokratische Elemente zu adaptieren, die sich in zivilgesell-



Vorkämpferin für Demokratie: Daniela Schwarzer, Executive Director Europa & Eurasien bei den Open Society Foundations, plädierte dafür, EU-Mittel nicht nur an nationale Regierungen auszusahlen, sondern auch direkt an einzelne Bürgermeister:innen, die liberale Grundwerte hochhalten

rechtlerin. Ihre Forderung: Wenn das Lukaschenko-Regime seine Gewalt noch ausweiten sollte, müsse es adäquate europäische Reaktionen darauf geben. Dass gegenwärtig keine Demonstrationen mehr stattfinden, erklärt sie mit dem stark gestiegenen Risiko für Regimegegner, entführt oder inhaftiert zu werden.

Gleichwohl mindere die wachsende Angst in Belarus, wo alle unabhängigen Medien ausgeschaltet würden, nicht den Veränderungsdrang ihrer Landsleute, der sich auf Messaging-Dienste und Plattformen wie Telegram und Youtube verlagert habe. Selbst aus dem Gefängnis heraus nutzten die Menschen »jeden Zentimeter, den sie haben«, um den Protest all derjenigen, die fliehen mussten, fortzusetzen. Mit großem Nachdruck fügte sie hinzu, was auch als Mahnung an alle westlichen Staaten gerichtet zu sein schien: »Wir sollten nie vergessen: Demokratie ist sehr schwer zu gewinnen – und sehr leicht zu verlieren.«

Gegenstand der Konferenz war schließlich auch die Frage, welche Art Politik in Zeiten des digitalen und des Klimawandels erfolgreich sein könnte. Dass es an programmatischem Mut mangle, monierte die deutsche Klimaschutzaktivistin Luisa Neubauer. »Keine einzige Partei hat einen tragfähigen Plan für diese großen Herausforderungen.« Zudem müsse der Staat künftig anders mit der Gesellschaft kommunizieren, ihr mehr zumuten

schaftlichen Organisationen bewährt hätten. Weil es darum gehe, in kürzester Zeit »Dinge ganz anders als bisher zu organisieren«, um in einer nachhaltigen Transformation auch der Wirtschaft einen völlig neuen Ordnungsrahmen zu geben, müsse das politische Personal von morgen agil und progressiv sein, resümierte Maximilian Oehl, Co-Initiator von Brand New Bundestag. »Deshalb fördern wir in Parteien Menschen, die bereit sind, althergebrachte Strukturen aufzubrechen, und die mutig genug sind für Veränderungen.«

Viel diskutiert wurde während der Konferenz auch darüber, wie sich ein tiefgreifender Wandel vollziehen lässt, ohne dass Menschen, die etwa durch CO<sub>2</sub>-Bepreisungen finanziell stark belastet wären, in Politik- und Parteienverdrossenheit zurückgelassen werden. Dabei vertraten einige Gäste die Auffassung, dass es nicht zuletzt Aufgabe der Wirtschaft sei, einer gesellschaftlichen Spaltung vorzubeugen. Dazu zählte auch Claudia Oeking, Geschäftsführerin von Philip Morris. Den ersten Wahlauftrag des Unternehmens, der zur Teilnahme an der Bundestagswahl bewegen soll, erklärt sie mit dem Eindruck, dass die Demokratie unter Druck geraten sei. »Pluralität, Diversität und demokratischer Diskurs sind die Eckpfeiler einer lebendigen und funktionierenden Gesellschaft, für die auch wir als Unternehmen in der Verantwortung stehen.«



Eine Frage der Zivilcourage? Wie viel Mut, aber auch Solidarität nötig ist, sich gegen Hass und Hetze im Netz und auf der Straße zur Wehr zu setzen, darüber sprachen (v.l.): Lola Weippert, Radio- und TV-Moderatorin, Bianca Biber, WEISSER RING und Karl Lauterbach, SPD-Politiker, Mediziner und Gesundheitsökonom. Moderiert wurde die Runde von ZEIT-Redakteurin Lisa Hegemann

Rückzug aus der Politik nachgedacht hat und ein Drittel sich zu einzelnen politischen Themen seltener als früher äußert. Was tun bei solchen Angriffen? Zum einen, so von Hodenberg, agiere man präventiv, etwa mit einem KI-gestützten Monitoring, das solche Kampagnen im Internet identifiziert. Zum anderen könne man juristische und technische Beratung leisten – etwa in Form des Screenshottings – sowie emotionale Hilfe bieten. »Mit 4.000 Hasskommentaren im Netz umzugehen, ist eine Gewalterfahrung. Und die macht etwas mit Menschen.« Nach Erfahrung von Bianca Biber, Leiterin der Bundesgeschäftsstelle des WEISSEN RINGS, sind derzeit Angriffe auf die Meinungsfreiheit überwiegend rechts-extremistisch oder grundsätzlich demokratiefeindlich motiviert. Dabei spiele das Internet als Resonanzkörper eine zentrale Rolle. »Wenn man sich nur in den privaten Filterblasen bewegt, keine anderen Stimmen mehr hört, fühlt man sich dadurch in seinem geschlossenen Denken und Verschwörungsmythen bestärkt. Das wirkt wie ein Brand-

form wie Facebook gäbe es allerdings kaum eine rechtliche Handhabe. Zwar hätten sich die digitalen Marktplätze längst zu öffentlichen Räumen entwickelt, in denen Meinungsfreiheit und Demokratie gelten müssten, de facto beanspruchten die Plattformbetreiber aber die Geltung eigener Standards. »Viele Kommentare, die in Deutschland strafrechtlich relevant sind, fallen nicht darunter und werden deshalb nicht gelöscht«, so von Hodenbergs Kritik. Über den wachsenden Einfluss großer Digital-Unternehmen sprach Paul Nemitz. Er ist Chefbera-



Wie politisch sollten Unternehmen auftreten? Über diese Frage diskutierten (v.l.) Georg Wernicke, HEC Paris, Laura Sophie Dornheim, Grünen-Politikerin, und Claudia Oeking, Philip Morris GmbH, mit ZEIT-Redakteur Jens Tönnemann

Partner:

OPEN SOCIETY  
FOUNDATIONS



PHILIP MORRIS GMBH



WEISSER RING  
Wir helfen Krisenaffilierten.

Schirmherrschaft:



Auswärtiges Amt

Veranstalter:



CONVENT

Ein Unternehmen der:



DIE ZEIT  
VERLAGSGRUPPE

Netzwerkpartner:



ALGORITHM  
WATCH



BRAND  
NEW  
BUNDESTAG



CIVEY



deutsche kinder-  
und jugendstiftung



JoinPolitics



STOP  
ANTISEMITISMUS